

# Protokollauszug

aus der  
17. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport  
vom 23.03.2010

---

öffentlich

**Top 4.1 Potsdamer Gesamtschulkapazitäten bedarfsgerecht gestalten  
09/SVV/1165  
geändert beschlossen**

**Herr Wollenberg** bringt folgenden neuen Antrag ein.

*Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, wegen der erneut stark über den Kapazitäten liegenden Erstwünsche nach Gesamtschulplätzen:*

*1.) sicherzustellen, dass die geplante weiterführende Schule im Potsdamer Norden als Gesamtschule eröffnet wird.*

*2.) für den Zeitraum bis zur Eröffnung der neuen Gesamtschule zu prüfen, wie die hohe Nachfrage der Potsdamer Eltern nach Gesamtschulplätzen befriedigt werden kann. Dazu sollen vorhandene Raum- und Schülerkapazitäten der Schulen festgestellt und mit dem Anwahlverhalten in Erst- und Zweitwünschen abgeglichen werden. Wenn sich daraus ein Bedarf über die geplanten Kapazitäten hinaus ergibt, ist mit den Leitern der Potsdamer Gesamtschulen zu beraten, wie eine vorübergehende Erhöhung der Kapazitäten beginnend ab dem Schuljahr 2010/11, ggf. im Rahmen von Fülllösungen realisiert werden kann. Daraus ggf. entstehende zusätzliche Züge sind mit Eröffnung der neuen Gesamtschule im Potsdamer Norden in diese Schule zu überführen. Die Einrichtung von Filialen wird zeitlich bis zur Eröffnung dieser neuen Schule begrenzt.*

*3.) im Rahmen einer ständigen Analyse des Anwahlverhaltens flexibel sicherzustellen, dass bedarfsgerechte Platzkapazitäten in den Potsdamer Gesamtschulen zur Verfügung stehen. Dem Bildungsausschuss ist dazu in seiner Sitzung im Juni 2010 Bericht zu erstatten.*

Er begründet den Antrag damit, dass die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen im vergangenen wie auch im laufenden Schuljahr insbesondere an der Voltaire- und Lenné-Schule, aber auch insgesamt deutlich über den vorhandenen Kapazitäten lag. Dem sei mit einer ggf. auch vorübergehenden Kapazitätserweiterung flexibel Rechnung zu tragen, da dem Elternwunsch oberste Priorität bei der Schulwahl einzuräumen ist. Es sei sicherzustellen, dass jeder Schüler einen Platz in der gewählten Schulform erhalte.

**Frau Dr. Orlowski** erklärt, sie habe die Idee, eine Fülllösung zu prüfen, zur Diskussion gestellt. Die SPD-Fraktion werde keinen Antrag über die Köpfe der Schulleiter der Gesamtschulen Lenné und Voltaire hinweg treffen. Beide Schulleiter warnen vor einer Fülllösung, weil der hohe organisatorische Aufwand für Lehrer und Schüler nicht handhabbar sei. Die SPD-Fraktion werde deshalb dem Teil Fülllösung nicht zustimmen.

**Herr Ofcsarik** fragt nach dem Verhältnis überangewählter Gesamtschulen und Oberschulen.

**Herr Bogel-Meyhöfer** verweist auf die Pressemitteilung zur Anwahl der Schulen. Bei Gymnasien betrage das Kapazitätsangebot 16 Klassen. Im Erstwunsch gebe es Anmeldungen für knapp 15 Klassen. Damit seien 1 bis 1,5 Klassen an Gymnasien noch nicht angewählt worden. Bei Gesamtschulen (ohne Sportschule) sei das Kapazitätsangebot 13 Klassen. Die Anwahl liege bei ca. 20 Klassen, d.h. Überanwahl von 7 Klassen. Die Montessorioberschule wurde innerhalb ihrer Kapazität angewählt. Für die übrigen Oberschulen werde eine Kapazität von 10 Klassen angeboten, wovon ca. 6 Klassen angewählt wurden, d.h. 4 Klassen freie Kapazität. Die Erfahrung aus

den vergangenen Jahren zeige, dass es noch eine Reihe Eltern gebe, die sich an städtischen und an freien Schulen angemeldet haben. Das Ergebnis des Auswahlverfahrens sei abzuwarten. Man gehe davon aus, dass die Gymnasialplätze an den städtischen Schulen aufgefüllt werden. Überhänge werden in Schulen freier Träger abwandern. Schüler, die keine Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe hätten seien Schüler für die Oberschulen, so dass in Potsdam ausreichend Kapazität vorhanden sei. Außerdem seien im Erstwunsch noch Schüler aus Potsdam-Mittelmark angemeldet, die im Zweitwunsch sicher in eine Schule des Heimatkreises gingen.

**Frau Engel-Fürstberger** teilt diese optimistische Ansicht nicht. Eine Familie, die nach Potsdam zugezogen sei, hatte erhebliche Schwierigkeiten, für ihre beiden Kinder einen Schulplatz zu bekommen, weil die weiterführenden Schulen in Potsdam sehr voll seien. Man sollte dem entgegen wirken und für Zuzüge Kapazitäten zur Verfügung stellen.

**Herr Bogel-Meyhöfer** verweist darauf, dass nicht das Staatliche Schulamt, sondern die Stadtverordneten die Anzahl der Klassen an Gymnasien und Gesamtschulen festlegen. Außerdem sei man durch das Schulgesetz gezwungen, alle Schulplätze der Schulen, die übernachgefragt seien, zu vergeben, wenn Elternwünsche da seien. Dazu gebe es eine entsprechende Rechtsprechung.

**Herr Menzel** möchte wissen, ob Kinder, die nicht in Potsdam wohnen, ein Anrecht auf einen Schulplatz in Potsdam haben.

**Herr Bogel-Meyhöfer** informiert, dass jeder Schüler, der geeignet sei, einen Anspruch habe.

**Herr Wollenberg** erklärt, es sei klar, dass eine Filiallösung die schlechteste Variante sei. Deshalb habe man einen Prüfauftrag formuliert. Eltern dürften nicht genötigt sein, ihr Kind mit einer Empfehlung für die Allgemeine Hochschulreife an eine freie Schule oder eine Oberschule zu schicken.

**Herr Bogel-Meyhöfer** verweist darauf, dass an der Steuben-Gesamtschule eine Aufnahme möglich sei.

**Frau Dr. Orlowski** erklärt, man könne auch mit entsprechender Befähigung von der Oberschule eine gymnasiale Oberstufe besuchen. Diese Schulform habe ebenfalls ihre Berechtigung. Sie habe es in Potsdam schwer, weil es die starken Gesamtschulen gebe. Entsprechende Möglichkeiten habe man mit der Schulentwicklungsplanung geschaffen. Ab 2013 könne und solle ggf. eine gymnasiale Oberstufe am OSZ II eingerichtet werden. Das Goethe-Gymnasium sei im Erstwunsch von 7 Schülern angewählt worden. Sie fragt, wie die Zuweisung erfolge.

**Herr Bogel-Meyhöfer** informiert, dass zur Zeit der Erstwunsch, danach der Zweitwunsch geprüft werde. Die Eltern von Schülern, deren im Erst- und Zweitwunsch nicht erfüllt werden, erhalten eine Liste mit allen freien Schulplätzen und können auswählen.

**Frau Dr. Magdowski** bedankt sich für die ruhige und sachliche Diskussion. Man sei daran interessiert, dass der Elternwille berücksichtigt werde. Sie regt an, eine Befragung der Eltern durchzuführen, die eine Gesamtschule angewählt haben. Die Diskussion zur Schulform der weiterführenden Schule im Bornstedter Feld bittet sie heute nicht abschließend zu führen. Auf Grundlage der aktuellen Prognose der Bevölkerungsentwicklung für das Bornstedter Feld seien 5 Züge in der Sek I und 3-4 Züge in der Sek II entwicklungsbedingt begründet. Seitens des Entwicklungsträgers werde nur der Bedarf anerkannt, der aus dem Einzugsgebiet resultiere, so dass es noch Abstimmungsbedarf gebe. Man sollte das Auswahlverfahren zu Ü-7 abwarten und dann sehen, wie man mit dem Thema umgehe.

**Frau Drohla** erklärt, dass die Gesamtschule von Eltern bewusst angenommen werde.

**Herr Menzel** spricht sich für die Elternbefragung aus. In der Gesamtschule können Schüler das Abitur in 13 Jahren ablegen. Es gebe Eltern, die Angst hätten, dass ihre Kinder mit dem 12-jährigen Abitur überfordert seien. Insofern könne er nachvollziehen, wenn Kinder nicht an ein

Gymnasium geschickt werden. Er möchte außerdem wissen, wie viele Schüler der aus dem Jahrgang 10 der Oberschule tatsächlich in der gymnasialen Oberstufen ankommen.

**Herr Bogel-Meyhöfer** nimmt diese Frage mit.

**Herr Ziebarth** verweist auf die gewachsene Entstehung der Schulformen nach 1990. Es sei ein Fehler gewesen, Realschulen in Oberschulen umzuwandeln. Im Land Brandenburg habe man eine hohe Gymnasialquote und niedrige Studienquoten. Die Eltern müssten aufgeklärt werden.

**Frau Dr. Magdowski** meint, es sei zu früh, um über eine Schulform für die weiterführende Schule im Bornstedter Feld zu sprechen.

**Herr Wollenberg** erklärt sich seitens des Antragstellers bereit, Punkt 1 zurückzustellen. Punkt 2 des Antrages wolle er aufrechterhalten. In Punkt 3 könne die Befragung der Eltern aufgenommen werden.

**Frau Engel- Fürstberger** bringt folgenden **Ergänzungsantrag** ein: *Es ist eine Befragung unter den Bewerbern der Gesamtschulen im Erstwunsch durchzuführen.*

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass der Fachbereich Schule und Sport die Befragung nicht leisten könne. Andererseits dürfe man keine Zeit verlieren, weil man eine weiterführende Schule im Bornstedter Feld brauche.

**Frau Ewers** informiert, dass man 531 Elternhäuser befragen müsse. Der Antrag sollte spezifizieren, wann die Befragung abgeschlossen sein soll.

**Frau Dr. Orlowski** fragt, welchen Zeitpunkt man im Antrag aufnehmen wolle.

**Herr Wollenberg** sieht kein Problem darin beim benannten Termin, Juni 2010, zu bleiben.

**Frau Dr. Magdowski** kann den Termin Juni nicht zusagen.

**Frau Dr. Orlowski** schlägt vor, die Punkte des geänderten Antragstextes getrennt abstimmen.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, wegen der erneut stark über den Kapazitäten liegenden Erstwünsche nach Gesamtschulplätzen:

1.) für den Zeitraum bis zur Eröffnung der neuen Gesamtschule zu prüfen, wie die hohe Nachfrage der Potsdamer Eltern nach Gesamtschulplätzen befriedigt werden kann. Dazu sollen vorhandene Raum- und Schülerkapazitäten der Schulen festgestellt und mit dem Anwahlverhalten in Erst- und Zweitwünschen abgeglichen werden. Wenn sich daraus ein Bedarf über die geplanten Kapazitäten hinaus ergibt, ist mit den Leitern der Potsdamer Gesamtschulen zu beraten, wie eine vorübergehende Erhöhung der Kapazitäten beginnend ab dem Schuljahr 2010/11, ggf. im Rahmen von Filiallösungen realisiert werden kann. Daraus ggf. entstehende zusätzliche Züge sind mit Eröffnung der neuen Gesamtschule im Potsdamer Norden in diese Schule zu überführen. Die Einrichtung von Filialen wird zeitlich bis zur Eröffnung dieser neuen Schule begrenzt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

2.) im Rahmen einer ständigen Analyse des Anwahlverhaltens flexibel sicherzustellen, dass bedarfsgerechte Platzkapazitäten in den Potsdamer Gesamtschulen zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	3

Stimmenthaltung: 0 **Punkt 2 des Antrages wird abgelehnt.**

3) Dazu ist eine Befragung unter den Bewerbern für eine Gesamtschule im Erstwunsch durchzuführen, die Aufschluss über die Beweggründe bringen soll.  
Dem Bildungsausschuss ist dazu in seiner Sitzung im September 2010 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

**Der Ausschuss für Bildung und Sport beschließt die DS 09/SVV/1165 in geänderter Fassung.**

**Beschlusstext:**

**Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, wegen der erneut stark über den Kapazitäten liegenden Erstwünsche nach Gesamtschulplätzen:**

1.) für den Zeitraum bis zur Eröffnung der neuen Gesamtschule zu prüfen, wie die hohe Nachfrage der Potsdamer Eltern nach Gesamtschulplätzen befriedigt werden kann. Dazu sollen vorhandene Raum- und Schülerkapazitäten der Schulen festgestellt und mit dem Anwahlverhalten in Erst- und Zweitwünschen abgeglichen werden. Wenn sich daraus ein Bedarf über die geplanten Kapazitäten hinaus ergibt, ist mit den Leitern der Potsdamer Gesamtschulen zu beraten, wie eine vorübergehende Erhöhung der Kapazitäten beginnend ab dem Schuljahr 2010/11, ggf. im Rahmen von Filiallösungen realisiert werden kann. Daraus ggf. entstehende zusätzliche Züge sind mit Eröffnung der neuen Gesamtschule im Potsdamer Norden in diese Schule zu überführen. Die Einrichtung von Filialen wird zeitlich bis zur Eröffnung dieser neuen Schule begrenzt.

2) Dazu ist eine Befragung unter den Bewerbern für eine Gesamtschule im Erstwunsch durchzuführen, die Aufschluss über die Beweggründe bringen soll.  
Dem Bildungsausschuss ist dazu in seiner Sitzung im September 2010 Bericht zu erstatten.

**Abstimmungsergebnis zu 1):**

Zustimmung: 3

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 1

**Abstimmungsergebnis zu 2):**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0